

1. Weichenstellungen im „III. Reich“

In diesem Rahmen kann und soll nicht der Frage nachgegangen werden, ob es ein spezifisch nationalsozialistisches Wirtschaftssystem gegeben hat¹ oder ob die Politik des „III. Reiches“ allgemeinen wirtschaftspolitischen Grundsätzen der Zeit entsprach, worauf sowohl internationale Vergleichsdaten wie auch die bereits vor der „Machtergreifung“ getroffenen Entscheidungen und die Weiterführung vieler Maßnahmen durch die Alliierten nach 1945 hindeuten. Wenn Teilbereiche der wissenschaftlichen Diskussion in der folgenden Skizze berücksichtigt werden, so nicht, um diese Frage zu entscheiden, sondern um nach Materialien, Begriffsinstrumentarien und methodischen Ansätzen zu suchen, welche für die Diskussion über die im Rahmen der vorliegenden Arbeit interessierenden Probleme ergiebig sind. Dabei zeigt sich, daß die vor allem im Rahmen der Nationalökonomie geführte umfangreiche und großteils bereits zeitgenössische Debatte unabhängig von den Auseinandersetzungen um die einzelnen theoretischen Schulen für die hier zu untersuchenden Probleme noch Anregungen birgt, deren sachgeschichtliche Ergiebigkeit bislang vielleicht nicht immer voll ausgelotet worden ist.²

Die französische Monopolisierung des Außenhandels der Besatzungszone und die damit verbundenen bürokratischen Schwierigkeiten für die deutsche Exportwirtschaft gehörten nach 1945 zu den wichtigsten Gravamina, welche deutsche Regierungen und Wirtschaftsvertreter unermüdlich der Militärregierung vorhielten.³ Für die Versorgungslage der Bevölkerung war diese Frage insofern wesentlich, als die 1945 in der französischen Zone zusammengefaßten Gebiete in der Lebensmittelversorgung zuvor nur zu rund 75% autark gewesen waren; bis 1947 sank dieser Autarkiegrad nach den Schätzungen von Rothenberger auf etwa 33%.⁴ Die Außenhandelspolitik hatte damit unmittelbaren Einfluß auf die soziale Situation in der Zone. Daß von deutscher Seite kaum Einblick in die Geschäftspraxis der französischen Monopolorganisation OFICOMEX bestand, nährte den Verdacht, daß die Zwangswirtschaft im Außenhandel ausschließlich französischen Interessen diene.

Als Grundprinzip fanden die Franzosen die staatliche Devisen- und Außenhandelszwangswirtschaft bei ihrem Einmarsch jedoch ebenso wie das binnenwirt-

¹ Nicht nur neoliberale Nationalökonomien wie RÖPKE neigen zu dieser Interpretation. Im Sektor der Finanzverwaltung sieht z. B. Fritz BLAICH, „Grundsätze“, nationalsozialistische Prinzipien in der Frühzeit durchgesetzt. Als „Versuch einer neuen und integrativen nationalstisch-etatistischen Wirtschaftsordnung“ betrachtet beispielsweise Avraham BARKAI die Politik in der Frühphase des Regimes; BARKAI, *Wirtschaftssystem*, S. 9 ff., Zitat S. 15. Zur Kritik daran u. a. BOELCKE, *Die deutsche Wirtschaft*, S. 146 f. u. ö.

² Unter dieser Fragestellung bleibt die nach 1945 sehr breit geführte rein theoriebezogene Diskussion etwa im Sinne von Theodor PÜTZ, *Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung*, Wien 1948, hier außer Betracht, soweit sie nicht in sachgeschichtlicher Hinsicht weiterführt. Systematisch ausgewertet wurden u. a. die Nachkriegsjahrgänge der Zeitschriften: *The American Economic Review*, *Economica*, *Finanzarchiv*, *Kyklos*, *Ordo*, *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, *Weltwirtschaftliches Archiv*.

³ HENKE, *Politik der Widersprüche*, S. 67 ff. Vgl. im Überblick ABELSHAUSER, *Wirtschaft und Besatzungspolitik*.

⁴ ROTHENBERGER, *Ernährungs- und Landwirtschaft*, S. 188 f.